

# PLANERVERTRAG

## Freianlagenplanung Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark (Jahnsportpark)

zwischen

dem Land Berlin,  
vertreten durch die Senatsverwaltung  
für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen,  
Fehrbelliner Platz 2, 10707 Berlin

– im Folgenden „**Auftraggeber (AG)**“ genannt –

und

.....  
.....  
.....  
.....

– im Folgenden „**Auftragnehmer (AN)**“ genannt –

– AG und AN im Folgenden gemeinsam auch „**Vertragspartner**“ genannt –

## Inhaltsverzeichnis:

§ 1 Gegenstand des Vertrages, Vertrags-/Planungsziele.....	3
§ 2 Vertragsbestandteile.....	3
§ 3 Leistungen des AN .....	5
§ 4 Leistungsabruf, optionale Beauftragung.....	8
§ 5 Projektteam des AN, Nachunternehmer.....	9
§ 6 Allgemeine Pflichten des AN, Zusammenarbeit .....	11
§ 7 Vertragstermine, -fristen .....	13
§ 8 Kosten des Bauvorhabens.....	15
§ 9 Verwertungs- und Nutzungsrechte.....	16
§ 10 Herausgabe von Unterlagen und Dateien .....	17
§ 11 Abnahme .....	17
§ 12 Vergütung .....	18
§ 13 Geänderte und zusätzliche Leistungen.....	20
§ 14 Zahlung, Abrechnung, Sicherheitsleistung .....	21
§ 15 Rechte bei Mängeln und Pflichtverletzungen .....	22
§ 16 Haftpflichtversicherung .....	22
§ 17 Kündigung .....	22
§ 18 Arbeitsgemeinschaft .....	23
§ 19 Sonstige Vereinbarungen .....	24

## § 1

### Gegenstand des Vertrages, Vertrags-/Planungsziele

- 1.1 Der AG beabsichtigt, nach erfolgter Bauvorbereitung neben der Neuerrichtung des großen Stadions auch das dieses unmittelbar umgebende, für die Andienung und Erschließung des großen Stadions erforderliche freiräumliche Gelände des Jahnsporthparks auf der Basis des dem AN bekannten genehmigten Bedarfsprogramms neu herstellen zu lassen (zusammenfassend im Folgenden auch „**Bauvorhaben**“ genannt). Die insoweit erforderlichen Planungsleistungen der Objektplanung (Freianlagen) und der Technischen Ausrüstung in den Außenanlagen sowie weitere Planungs- und Koordinierungsleistungen sollen auf der Grundlage des genehmigten Bedarfsprogramms und des – ggf. überarbeiteten - Wettbewerbsentwurfs des AN in enger Zusammenarbeit mit dem Generalplaner des großen Stadions erbracht werden. Zudem soll ein Gestaltungs- und Entwicklungsleitfaden für den zukünftigen Inklusionssportpark erarbeitet werden.
- 1.2 Ziel der vertragsgegenständlichen Planung ist es,
- das Bauvorhaben gemäß den Erfordernissen des Bedarfsprogramms genehmigungsfähig und barrierefrei sowie in enger Abstimmung mit der Generalplanung für das große Stadion zu planen;
  - die Voraussetzungen für eine effiziente, zügige und termingerechte Durchführung des Bauvorhabens dadurch zu schaffen, dass die Vertragstermine für die Fertigstellung und Übergabe der Vorplanungsunterlagen (VPU) und der Bauplanungsunterlagen (BPU) eingehalten werden;
  - das Bauvorhaben - auch im Hinblick auf künftige Betriebs- und Unterhaltungskosten - wirtschaftlich optimiert und unter Einhaltung der sich aus den genehmigten Vorplanungsunterlagen (BPU) ergebenden Kostenobergrenze zu realisieren.
- 1.3 Die in Bezug auf das Bauvorhaben benötigten Planungsleistungen können von dem AG nach Maßgabe dieses Vertrages sukzessive abgerufen werden.

## § 2

### Vertragsbestandteile

- 2.1 Folgende Unterlagen und Bestimmungen sind in Ergänzung der Regelungen dieses Vertrages Bestandteile des Vertragsverhältnisses:

- 2.1.1 Die Vergabeunterlagen ... bis V ..., insbesondere die Grundleistungen, Besonderen Leistungen und Beratungsleistungen gemäß Anlagen ... bis ..., die Allgemeinen Vertragsbestimmungen (AVB Hochbau) für freiberufliche Leistungen im Hochbau (Anlage ...), der Rahmenterminplan (Anlage ...), der Prüfvermerk Bedarfsprogramm (Anlage ...), das Bedarfsprogramm (Anlage ...) und die vom AG im Vergabeverfahren erteilten Auskünfte Anhang 1
- 2.1.2 Das Angebot des AN nebst dem Honorarangebot, den Eignungsnachweisen und den sonstigen im Vergabeverfahren abgegebenen Erklärungen Anhang 2
- 2.1.3 Der Wettbewerbsentwurf des AN Anhang 3
- 2.1.4 Das Schlüsselpersonal und die Projektorganisation des AN Anhang 4
- 2.1.5 Die Erklärung zum Einsatz von Unterauftragnehmern Anhang 5
- 2.1.6 Alle für die Realisierung des Bauvorhabens einschlägigen technischen Vorschriften und Normen in der bis zur Abnahme aktuellen Fassung wie z.B. DIN-Normen, EN-Normen, ISO-Normen, VDI-/VDE- und VDS-Richtlinien einschließlich veröffentlichter Entwürfe, soweit sie den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen, die Herstellerrichtlinien und Vorschriften sowie die sonstigen allgemein anerkannten Regeln der Technik zum Zeitpunkt der Abnahme; ergeben sich nach der Bauantragsstellung Änderungen der vorgenannten technischen Vorschriften und Kriterien, die bei der Bauantragsstellung nicht vorhersehbar waren, hat der AN den AG über eine derartige Änderung unverzüglich schriftlich zu informieren und ihm die Unterschiede, Vorzüge und Risiken der Änderungen mitzuteilen. Der AG entscheidet nach erfolgter Information durch den AN über das weitere Vorgehen. Verlangt der AG die planerische Umsetzung der Änderung kann dies unter den Voraussetzungen des § 14 dieses Vertrages eine Honoraranpassung zur Folge haben.
- 2.1.7 Die auf das Bauvorhaben anwendbaren öffentlich-rechtlichen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften wie z.B. das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, die Nachweisverordnung, die Abfallverzeichnis-Verordnung, das Gebäudeenergiegesetz (GEG), das Bundesimmissionsschutzgesetz und die entsprechenden Verordnungen und Durchführungsvorschriften, die Bauordnung für Berlin und ergänzende Durchführungsvorschriften.

- 2.2 Der Vertrag nebst seinen Bestandteilen ist unter Berücksichtigung der Vertrags-/Planungsziele nach § 1 dieses Vertrages auszulegen und anzuwenden. Die Regelungen dieses Vertrages gehen hierbei im Zweifel den unter Absatz 2.1 genannten Vertragsbestandteilen vor; demgemäß gelten die Regelungen der AVB Hochbau (Anlage ... des Anhangs 1), soweit dieser Vertrag keine abweichenden Regelungen aufweist. Die Vertragsbestandteile ergänzen sich jeweils untereinander. Verbleiben nach Auffassung des AN Widersprüche zwischen den unter Absatz 2.1 genannten Vertragsbestandteilen oder innerhalb eines Vertragsbestandteils, hat der AN den AG hierauf unverzüglich schriftlich hinzuweisen und aufzufordern, die Unstimmigkeit zu klären. Das gilt in besonderem Maße für den Fall, dass der Wettbewerbsentwurf (Anhang 3) von dem Bedarfsprogramm (Anhang 1) abweichen sollte. Der AG konkretisiert dann im Einzelfall – auch unter Berücksichtigung der Belange des AN – die geschuldete Leistung.
- 2.3 Allgemeine Geschäftsbedingungen des AN sind nicht Bestandteil dieses Vertrages und daher gegenüber dem AG ausnahmslos unwirksam. Diese haben selbst dann keine Gültigkeit, wenn im Angebot oder in sonstigen Schriftstücken auf sie Bezug genommen wird.

### **§ 3**

#### **Leistungen des AN**

- 3.1 Die von dem AN zu erbringenden Leistungen werden durch diesen Vertrag inklusive der Vertragsbestandteile gemäß § 2 Abs. 2.1 bestimmt. Bezüglich der vertragsgegenständlichen Leistungsbilder hat der AN – unter dem Vorbehalt des Leistungsabrufs nach § 4 dieses Vertrages - alle Planungs-, Koordinierungs-, Steuerungs- und Überwachungsleistungen auszuführen, die zur Erreichung der Vertrags-/Planungsziele, insbesondere zur mangelfreien, termingerechten und wirtschaftlich optimierten Fertigstellung der Bauplanungsunterlagen (BPU) unter Einhaltung der festgelegten Kostenobergrenze erforderlich sind. Sofern es der Sache nach zur Funktion und Tätigkeit eines gewissenhaften Planers gehört und/oder zur Erreichung der Vertrags-/Planungsziele notwendig ist, werden die erforderlichen Leistungen auch dann vom AN geschuldet, wenn sie im Einzelfall in diesem Vertrag und seinen Bestandteilen nicht ausdrücklich beschrieben sein sollten, der Sache nach jedoch zu den dem AN ganz oder teilweise übertragenen Leistungsstufen und Leistungsbildern gehören.
- 3.2 Die Aufgaben des AN umfassen in Anlehnung an das Leistungsbild des Teils 3, Abschnitt 2 der HOAI die in die nachfolgenden Leistungsstufen unterteilten, in den Anlagen ... bis ... (Anhang 1) bezeichneten Grundleistungen und Besonderen Leistungen der jeweiligen Leistungsphasen:

### 3.2.1 Objektplanung für Freianlagen gemäß Teil 3, Abschnitt 2 HOAI

Leistungsstufe 1: Vorplanung (Leistungsphase 2)

Leistungsstufe 2: Entwurfs-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung (Leistungsphasen 3, 4 und 5)

Leistungsstufe 3: Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergabe (Leistungsphasen 6 und 7)

Leistungsstufe 4: Objektüberwachung/Bauüberwachung (Leistungsphase 8)

Die in den einzelnen Leistungsstufen jeweils zu erbringenden Grundleistungen/Besonderen Leistungen sind in den Anlagen ... bis ... des Anhangs 1 dieses Vertrages aufgeführt.

### 3.3 Der AN hat zudem die folgenden Leistungen im Rahmen der genannten Leistungsstufen des Abs. 3.2 zu erbringen:

3.3.1 Der AN hat in der Leistungsstufe 1 Abweichungen des Wettbewerbsentwurfs (Anhang 3) vom Bedarfsprogramm (Anlage ... des Anhangs 1) zu kennzeichnen und zu begründen. Bis zur Genehmigung der Vorplanungsunterlagen (VPU) sind auf Verlangen des AG derartige Abweichungen durch Umplanung zu beseitigen und Prüfanmerkungen der genehmigenden Behörde zu den Vorplanungsunterlagen (VPU) umzusetzen.

3.3.2 Der AN hat in der Leistungsstufe 2 bis zur Genehmigung der Bauplanungsunterlagen (BPU) auf Verlangen des AG Prüfanmerkungen der genehmigenden Behörde zu den Bauplanungsunterlagen (BPU) umzusetzen.

3.4 Zum Leistungsumfang des AN gehören darüber hinaus die sich aus den Anlagen ... bis ... des Anhangs 1 des Vertrages ergebenden weiteren Fachplanungsleistungen der Anlage 1 HOAI sowie die Erarbeitung und Übergabe eines Gestaltungs- und Entwicklungsleitfadens für den zukünftigen Inklusionssportpark unter Berücksichtigung der Vorgaben des AG.

3.5 Grundlagen der Planerleistungen sind bis zur Genehmigung der Vorplanungsunterlagen (VPU) das Bedarfsprogramm (Anlage ... des Anhangs 1), der Wettbewerbsentwurf (Anhang 3) sowie der sich aus dem Prüfvermerk zum Bedarfsprogramm (Anlage ... des Anhangs 1) ergebende Kostenrahmen. Seine Leistungen erbringt der AN in enger Abstimmung mit dem AG. Der AG ist im Hinblick auf die sich während des Planungs-

fortschritts ergebenden Erkenntnisse berechtigt, die Leistungsanforderungen im Rahmen der in diesem Vertrag und seinen Bestandteilen beschriebenen Aufgaben sowie im Hinblick auf die Vertrags-/Planungsziele zu konkretisieren. Das Bauvorhaben wird mit fortschreitender Planung insbesondere durch die vom AG freigegebenen Planungsergebnisse, die genehmigten Vorplanungsunterlagen (VPU) und die genehmigten Bauplanungsunterlagen (BPU) konkretisiert. Die Vorgaben der genehmigten Unterlagen sind für den AN verbindlich. Von diesen darf nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG abgewichen werden.

- 3.6 Der AN ist zur selbständigen und umfassenden Koordination und Integration sämtlicher ihm übertragener Planungsleistungen verpflichtet. Dies umfasst die Koordination und Integration der im Aufgabenbereich des AN zu erbringenden Planungsleistungen sowie in den Leistungsstufen 1 und 2 der vom AN geschuldeten Planungsleistungen mit sämtlichen vom AG bzw. von dritter Seite beizustellenden Planungs-, Beratungs- und gutachterlichen Leistungen. Es ist in den Leistungsstufen 1 und 2 Aufgabe des AN, dem AG rechtzeitig die notwendige Einschaltung von weiteren Sonderfachleuten/Gutachtern – soweit er die Leistungen nicht selbst nach diesem Vertrag schuldet – vorzuschlagen.
- 3.7 Der AN ist verpflichtet, die ihm nach diesem Vertrag übertragenen Leistungen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach den in den Vertragsbestandteilen gemäß § 2 Abs. 2.1 dieses Vertrages genannten Vorschriften und Normen sowie nach dem Grundsatz der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit – auch hinsichtlich der späteren Unterhaltungs- und Betriebskosten – zu erbringen. Der AN hat auf die Optimierung des Bauvorhabens im Hinblick auf die Vertrags-/Planungsziele hinzuwirken.
- 3.8 Mit Ausnahme der jeweils in fünffacher kopierfähiger Ausfertigung zu übergebenden Vorplanungsunterlagen (VPU), Bauplanungsunterlagen (BPU) und Bauantragsunterlagen sind alle vom AN vorzulegenden Pläne, Zeichnungen, Beschreibungen und Berechnungen dem AG in digitaler Form auf Datenträgern zu übergeben und in Absprache mit dem AG auf einer vom AG bereitgestellten digitalen Projektplattform einzustellen. Die angefertigten Vervielfältigungen der zustimmungs-/genehmigungsrelevanten Unterlagen i. S. v. Satz 1 sind vom AN im erforderlichen Umfang weiterzubearbeiten, normengerecht farbig oder mit Symbolen anzulegen, DIN-gemäß zu falten und in Ordnern vorzulegen. Auf die digitale Projektplattform sind auch bauvorhabenbezogene Protokolle, Gutachten und sonstige Dokumente zur Gewährleistung eines integrierten Workflows einzustellen. Unterlagen anderer Projektbeteiligter lädt sich der AN von der bereitgestellten Projektplattform herunter. Die Datenträger sind in Abstimmung mit dem AG zu beschriften. Beschreibungen und Berechnungen sind im Datenformat Windows-Office vorzulegen. Pläne und Zeichnungen sind im Datenformat DWG, DXF, PDF und

entsprechend CAD-Standard vorzulegen. Zu liefernde DWG-Dateien müssen sich verlustfrei einlesen, öffnen, bearbeiten und speichern lassen.

- 3.9 Durch den AN sind generell die entsprechenden Formblätter der ABau zu verwenden.
- 3.10 Der AN unterhält auf seine Kosten ein angemessen ausgestattetes Projektbüro in Berlin und trägt dafür Sorge, dass das Projektteam i.S.d. § 5 Abs. 1 dieses Vertrages über das Projektbüro erreichbar ist.

## **§ 4**

### **Leistungsabruf, optionale Beauftragung**

- 4.1 Mit Zuschlagserteilung überträgt der AG dem AN die erforderlichen Grundleistungen der jeweiligen Leistungsstufe 1 i.S.d. § 3 Abs. 3.2 dieses Vertrages.
- 4.2 Der AG behält sich vor, den AN mit weiteren Leistungen der nachfolgenden Leistungsstufen i.S.d. § 3 Abs. 3.2 dieses Vertrages sowie mit Besonderen Leistungen und Leistungen i. S. d. § 3 Abs. 3.4 dieses Vertrages zu beauftragen (Optionen). Die optionalen Leistungen i.S.d. vorstehenden Satzes 1 ruft der AG im Umfang seiner Wahl, ggf. auch nur Teilleistungen einer Leistungsstufe, ab. Mit der Ausführung optionaler Leistungen darf der AN erst beginnen, wenn der AG diese im Wege des schriftlichen Leistungsabrufs beauftragt hat.
- 4.3 Der AN ist verpflichtet, die Leistungen der beauftragten weiteren Leistungsstufen oder beauftragte Teilleistungen, Besondere Leistungen und/oder Leistungen i. S. d. § 3 Abs. 3.4 dieses Vertrages zu erbringen, wenn seitens des AG spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Zugang einer schriftlichen Fertigstellungsanzeige des AN und Fertigstellung der bereits beauftragten Leistungen eine Optionsausübung erfolgt. Der AN hat keinen Anspruch auf Abruf der optionalen Leistungen und kann aus einer nicht erfolgten Weiterbeauftragung auch keine weitergehenden Ansprüche herleiten. Ebenso wenig ist der AN zur Geltendmachung von Honorarerhöhungen oder sonstigen Ansprüchen berechtigt, wenn mit einer Optionsausübung eine zeitliche Unterbrechung der Leistungserbringung des AN einhergeht. Im Falle eines Leistungsabrufs finden die Regelungen dieses Vertrages auf die optionalen Leistungen uneingeschränkte Anwendung. Unterbleibt die Optionsausübung während des vorgenannten Zeitraums von sechs Monaten, kann der AN den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen. Die Kündigung ist erst nach erfolgtem Abruf optionaler Leistungen und nur innerhalb einer Frist



von zwei Wochen nach Zugang des Leistungsabrufs zulässig. Macht der AN von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch, bleibt er zur Leistungserbringung verpflichtet.

## **§ 5**

### **Projektteam des AN, Nachunternehmer**

- 5.1 Der AN stellt sicher, dass durch die personelle Zusammensetzung des Schlüsselpersonals und des sonstigen Projektteams die Fachkunde, auf deren Grundlage er den Zuschlag vom AG erhalten hat, für die abgerufenen Leistungen gewährleistet ist und erhalten bleibt. Der Personaleinsatz des AN richtet sich nach dem Umfang der abgerufenen Leistungen und den jeweiligen Erfordernissen des Bauvorhabens. Der Personaleinsatz ist deshalb weder auf die in dem Anhang 4 des Vertrages genannten Mitarbeiter noch auf die im Anhang 4 oder im Angebot des AN (Anhang 2) genannten Einsatzzeiten begrenzt. Der AN verpflichtet sich jedoch, sein Personal hinsichtlich der Anzahl der Mitarbeiter und deren fachlicher Qualifikation mindestens so zu vorzuhalten und für das Bauvorhaben einzusetzen, wie es sich auch dem Anhang 4 ergibt.
- 5.2 Der im Anhang 4 benannte Projektleiter und der stellvertretende Projektleiter sind jeweils zur Entgegennahme von Erklärungen aller Art im Zusammenhang mit diesem Vertrag seitens des AN bevollmächtigt. Der AN hat den Projektleiter und den stellvertretenden Projektleiter damit zu betrauen, die Leistungen des AN intern zu koordinieren und den Informationsaustausch mit dem AG durchzuführen. Der Projektleiter oder der stellvertretende Projektleiter stehen dem AG für alle Bereiche als ständige Ansprechpartner und Koordinatoren zur Verfügung. Der Projektleiter oder der stellvertretende Projektleiter nehmen an allen Besprechungen des AN mit dem AG, mit den sonstigen Beteiligten und Dritten teil, soweit diese Besprechungen die Aufgaben des AN betreffen. Der AN stellt sicher, dass der Projektleiter oder der stellvertretende Projektleiter zu den üblichen Bürozeiten für den AG erreichbar sind.
- 5.3 Der Projektleiter und der stellvertretende Projektleiter sowie das sonstige in dem Anhang 4 des Vertrages benannte Schlüsselpersonal dürfen nur aus wichtigem Grund und nur durch Personen mit nachgewiesener, den Mindestanforderungen der Vergabeunterlagen (Anhang 1) entsprechender Qualifikation und Berufserfahrung sowie darüber hinaus nur dann ersetzt werden, wenn der beabsichtigte Wechsel mit Begründung in Textform dem AG angezeigt worden ist und dieser seine vorherige Zustimmung in Textform erteilt hat. Eine Zustimmungsverweigerung darf nicht offenbar unbillig sein. Eine höhere Qualifikation und Projekterfahrung des ersetzenden Personals begründet keinen Anspruch auf eine höhere Vergütung.

- 5.4 Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann der AG die Auswechslung des betroffenen Personals von dem AN verlangen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn bei einer vom AN zur Leistungserbringung eingesetzten Person ein Interessenkonflikt im Sinne des § 20 VwVfG besteht oder wenn dieser nach Einschätzung des AG die notwendige persönliche oder fachliche Eignung oder Qualifikation für die Erfüllung ihrer Aufgabe vermissen lässt. Das Ersatzpersonal ist von dem AN unverzüglich nach einem Austauschverlangen einzusetzen. Für die Neubestellung des Ersatzpersonals gilt Abs. 5.3 entsprechend. Die durch den Austausch und die Einarbeitung des Ersatzpersonals entstehenden Kosten gehen zu Lasten des AN.
- 5.5 Der AN ist berechtigt und verpflichtet, im Vergabeverfahren für die Ausführung von Teilleistungen benannte Dritte (Subplaner, freie Mitarbeiter oder sonstige in die Erfüllung der dem AN aus diesem Vertrag entstehenden Pflichten einbezogene Drittunternehmer) mit der Erbringung dieser Teilleistungen zu beauftragen. Hierbei handelt es sich im Einzelnen um die in dem Anhang 5 mit den ihnen zugeordneten Teilleistungen benannten Dritten. Änderungen in der Beauftragung der in dem Anhang 5 benannten Dritten, insbesondere der Austausch von benannten Dritten oder Änderungen der von benannten Dritten zu erbringenden Teilleistungen, sind nur aus wichtigem Grund und nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Änderungsabsichten vorgenannter Art sind dem AG unverzüglich und unter Angabe der Gründe schriftlich mitzuteilen. Der AN muss nachweisen, dass durch den Austausch, das Ausscheiden oder Änderungen im Umfang der Beauftragung benannter Dritter seine im Vergabeverfahren geforderte Eignung nicht nachteilig verändert wird. Nach erfolgter Einwilligung des AG ist der Anhang 5 anzupassen.
- 5.6 Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG ist auch eine Übertragung von weiteren Teilleistungen an nicht in dem Anhang 5 aufgeführte Dritte zulässig. Die an sonstige Dritte zu beauftragenden Teilleistungen samt den dazugehörenden Leistungsbildern sind vorher mit dem AG abzustimmen. Auf die Einwilligung des AG besteht kein Anspruch, wenn die vom AN vorgeschlagenen Dritten nicht die im Vergabeverfahren geforderte Eignung nachweisen können oder unzuverlässig sind. Im Falle der Einwilligung des AG ist das Verzeichnis benannter Nachunternehmer (Anhang 5) zu ergänzen.
- 5.7 Die durch den AN an Dritte beauftragten Leistungen sind vom AN inhaltlich und terminlich in die vertragliche Planerleistung zu integrieren. Die beauftragten Dritten werden als Erfüllungsgehilfen des AN tätig. Der AN koordiniert, steuert und überwacht die von ihm beauftragten Dritten in allen Leistungsstufen terminlich, fachlich und wirtschaftlich einschließlich der vollständigen terminlichen und inhaltlichen Schnittstellen-Koordination. Der AN wird den Dritten sämtliche Verpflichtungen in Bezug auf die Modalitäten der Vertragserfüllung auferlegen, die er selbst gegenüber dem AG in diesem Vertrag

übernommen hat. In den Verträgen mit den Dritten sind insbesondere die Verpflichtung zur persönlichen Leistungserbringung und das Verbot der Weiterbeauftragung aufzunehmen. Ferner ist in den mit den Dritten abzuschließenden Verträgen sicherzustellen, dass der AG unmittelbar von diesen Dritten auftragsbezogene Auskünfte einholen und Einsicht in die auftragsbezogenen Unterlagen nehmen kann. Der AG wird den AN von einer Ausübung dieser Vertragsrechte jeweils unterrichten und ihm Gelegenheit geben, ebenfalls teilzunehmen, soweit AG und Dritte unmittelbare Gespräche führen.

## **§ 6**

### **Allgemeine Pflichten des AN, Zusammenarbeit**

- 6.1 Der AN hat die Interessen des AG gewissenhaft wahrzunehmen und in jedem Stadium der Abwicklung dieses Vertrages eng mit dem AG zusammenzuarbeiten, seine Leistungen mit dem AG abzustimmen, den AG fortlaufend zu informieren und alle auftretenden oder vorhersehbaren Probleme in enger Zusammenarbeit mit dem AG aufzuzeigen, zu prüfen und zu klären. Über in Überarbeitung befindliche Regelwerke und über Unklarheiten in den anerkannten Regeln der Technik ist der AG unverzüglich schriftlich zu informieren.
- 6.2 Entscheidungen und Anordnungen des AG hat der AN zu prüfen. Hält der AN Entscheidungen, Anordnungen und/oder sonstige Erklärungen für unberechtigt oder unzumutbar, hat er dem AG die Bedenken unverzüglich schriftlich mitzuteilen und Alternativvorschläge zu unterbreiten, die Anordnungen usw. jedoch auf Verlangen auszuführen, wenn nicht gesetzliche oder behördliche Bestimmungen entgegenstehen. Erhält der AN Unterlagen oder Auskünfte vom AG, so hat er diese auf ihre Verwertbarkeit zu überprüfen.
- 6.3 Muss der AG im Rahmen seiner Mitwirkung Entscheidungen treffen, hat der AN den AG hiervon so frühzeitig schriftlich in Kenntnis zu setzen, dass Verzögerungen in der Leistungserbringung des AN vermieden werden. Die Entscheidungen des AG hat der AN durch Vorlage von Entscheidungsalternativen mit begründeten Empfehlungen vorzubereiten. Der AG ist bei der Entscheidungsfindung zu beraten.
- 6.4 Dem AN ist bekannt, dass der AG beabsichtigt, die Leistungen der Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe sowie der Objekt-/Bauüberwachung durch ein auf die Bauüberwachung spezialisiertes Büro erbringen zu lassen. Sofern der AG ein solches Büro ganz oder teilweise mit den vorgenannten Leistungen beauftragt, wird der AN mit diesem kooperativ zusammenarbeiten. Entsprechendes gilt für die Zusammenarbeit zwischen dem AN und dem Generalplaner des großen Stadions. Der AG behält sich vor,

konkrete Weisungen bezüglich der Zusammenarbeit zwischen dem AN und dem Generalplaner für das große Stadion sowie zwischen dem AN und einem gemäß Satz 1 beauftragten Büro zu erteilen. Die Verantwortung des AN für die Erreichung der Vertrags-/ Planungsziele bleibt von einer derartigen Beauftragung unberührt.

- 6.5 Der AN hat den AG auf entsprechendes Verlangen, mindestens jedoch in etwa 14-tägigen Koordinations-Jours-fixes, an denen der Projektleiter des AN, die maßgeblichen Teil-Projektleiter und Subplaner teilnehmen, über den Planungsfortschritt und die Entwicklung der Kosten des Bauvorhabens zu unterrichten. Der AN fertigt über jeden Koordinations-Jour-fixe ein Protokoll an, das dem AG spätestens vier Tage vor dem nächstfolgenden Termin zu übergeben ist. Darüber hinaus hat der AN an den vom AG anberaumten bauvorhabenbezogenen sonstigen Besprechungen teilnehmen. Zu den bauvorhabenbezogenen Besprechungen wird der AG den AN möglichst mit einem Vorlauf von sieben Werktagen unter Angabe der Tagesordnung einladen.
- 6.6 Der AN erstellt in den Leistungsstufen 1 und 2 monatlich einen Statusbericht mit tabellarischer Übersicht über den Leistungs-, Termin- und Kostenstand sowie einer detaillierten Begründung für etwaige Soll-Ist-Abweichungen und insoweit gegebene Steuerungsmöglichkeiten. Der Statusbericht und die Übersicht sind dem AG zu übergeben.
- 6.7 Nach vollständiger Fertigstellung einer Leistungsstufe oder Leistungsphase hat der AN dem AG die Arbeitsergebnisse und alle angefertigten Unterlagen zu übergeben. Der AN hat die von ihm angefertigten zeichnerischen Unterlagen bis zur Freigabe durch den AG als „Vorabzug“ zu kennzeichnen. Die vom AG freigegebenen zeichnerischen Unterlagen hat der AN als „Entwurfsverfasser“ bzw. „Planverfasser“, die übrigen Unterlagen als „Verfasser“ zu unterzeichnen. Der AN ist verpflichtet, seine weiterführenden Arbeiten auf den freigegebenen Unterlagen zu entnehmenden gestalterischen, wirtschaftlichen und funktionalen Anforderungen aufzubauen. Die Wirkungen von Teilabnahmen kommen arbeitgeberseitigen Freigaben nicht zu; Freigaben, Sicht- und Prüfvermerke ändern nichts an der alleinigen Verantwortung des AN für seine Leistungen.
- 6.8 Der AN hat dem AG auf dessen Verlangen auch außerhalb von Koordinations-Jours-fixes nach Absatz 6.5 über die geschuldeten Planerleistungen, über die mit dem Nutzer, Genehmigungsbehörden, Versorgungsunternehmen etc. geführten Verhandlungen/Abstimmungen sowie über beeinträchtigende Ereignisse regelmäßig und ohne besondere Vergütung schriftlich Auskunft zu erteilen. Vertragsbezogene Korrespondenz hat der AN dem AG in dem von diesem gewünschten Umfang durch Übersendung von Kopien zur Verfügung zu stellen. Dem AG ist jederzeit die Einsichtnahme in die mit der Vertragsdurchführung im Zusammenhang stehenden Unterlagen und Dateien/Daten-

banken zu gewähren. Der AN hat dem AG darüber hinaus unverzüglich über alle wesentlichen Vorgänge, insbesondere wenn damit finanzielle Folgen verbunden sein können, unaufgefordert schriftlich zu informieren.

- 6.9 Der AN ist auf Verlangen des AG verpflichtet, den AG bei der Öffentlichkeitsarbeit für das Bauvorhaben zu unterstützen. Hierzu zählt auch die Zuarbeit bei der Beantwortung parlamentarischer Anfragen. Sofern sich Medienvertreter direkt an den AN wenden, verweist dieser sie an den AG.

## **§ 7**

### **Vertragstermine, -fristen**

- 7.1 Mit der Ausführung der gemäß § 4 Abs. 4.1 dieses Vertrages beauftragten Planungsleistungen der Leistungsstufe 1 muss der AN unverzüglich nach Zuschlagserteilung beginnen. Die Ausführung der nach § 4 Abs. 4.2 dieses Vertrages abgerufenen Leistungen nimmt der AN jeweils innerhalb von einer Woche nach einer Optionsausübung auf.

- 7.2 Für die gemäß § 4 Abs. 4.1 dieses Vertrages beauftragten Leistungen der Leistungsstufe 1 gilt der nachstehende verbindliche Vertragstermin:

- Fertigstellung und Übergabe der Vorplanungsunterlagen (VPU) an den AG innerhalb von 3 Monaten nach Zuschlagserteilung

Vorbehaltlich des Leistungsabrufs nach § 4 Abs. 4.2 dieses Vertrages gilt für die Leistungen der Leistungsstufe 2 i.S.d. § 3 Abs. 3.2 dieses Vertrages der nachstehende verbindliche Vertragstermin:

- Fertigstellung und Übergabe der Bauplanungsunterlagen (BPU) sowie der vollständigen Genehmigungsplanung nebst Zustimmungsantrag an den AG innerhalb von 6 Monaten nach Leistungsabruf

- 7.3 Auf der Grundlage des Rahmenterminplans (Anlage ... des Anhangs 1) hat der AN spätestens zwei Wochen nach dem Leistungsbeginn gemäß Absatz 7.1 Satz 1 einen Detailterminplan (Planung der Planung) für die Leistungsstufe 1 zu erstellen und dem AG im Entwurf zu übergeben. Entsprechendes gilt bei dem Abruf der Leistungsstufe 2; auch in diesem Fall ist jeweils ein Detailterminplan (Planung der Planung und Bauaus-

führung) für die abgerufene Leistungsstufe unter Beachtung der Vorgaben des Rahmenterminplans (Anlage ... des Anhangs 1) zu erstellen und dem AG im Entwurf zu übergeben. Dabei hat ein Detailterminplan alle wesentlichen Tätigkeiten des AN darzustellen und in nachvollziehbare Abschnitte, die eine Zeitspanne von einer Kalenderwoche nicht überschreiten sollen, zu gliedern. Der Detailterminplan muss so aufgestellt sein, dass ein Soll-Ist-Vergleich für den AG jederzeit möglich ist. Notwendige Mitwirkungshandlungen und insbesondere Entscheidungszeitpunkte des AG sind darzustellen. Zudem sind ab der Leistungsstufe 2 verbindliche Vertragsfristen für die Fertigstellung der abgerufenen Besonderen Leistungen auszuweisen. Der Detailterminplan ist so zu gestalten, dass die dort aufgeführten Fristen bei normalem Planungsablauf ohne Weiteres eingehalten werden können. Mit dem AG ist auf der Grundlage eines die vorgenannten Anforderungen erfüllenden Entwurfs der Detailterminplan abzustimmen, der bezogen auf die jeweilige Leistungsstufe Vertragsbestandteil wird. Kommt der AN seiner Verpflichtung zur Vorlage des Entwurfs eines Detailterminplans nicht fristgerecht nach oder entsteht zwischen den Vertragspartnern Streit über die Festlegung von Terminen im Detailterminplan, legt der AG sechs Wochen nach dem jeweiligen Leistungsbeginn gemäß Absatz 7.1 unter Berücksichtigung der Vertragsfristen des Rahmenterminplans (Anlage ... des Anhangs 1) und der Belange des AN die Termine des Detailterminplans fest.

- 7.4 Der AN hat dem AG in den Koordinations-Jours-fixes gemäß § 6 Abs. 6.5 dieses Vertrages den aktuellen Stand seiner Leistungserbringung anhand des Detailterminplans darzustellen, evtl. Abweichungen zu kennzeichnen, zu erläutern und Vorschläge zur Kompensation der Abweichungen zu unterbreiten. Meint der AN, dass es wegen noch nicht erfolgter Beauftragung mit einer optionalen Leistung zu Verzögerungen kommen kann, so ist er verpflichtet, den AG hierauf unverzüglich schriftlich aufmerksam zu machen. Führen nach Auffassung des AN Behinderungen, die von diesem in keiner Weise zu vertreten sind, zu zeitlichen Verzögerungen, so hat der AN unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 10 Werktagen nach Eintritt der hindernden Umstände den AG über die voraussichtlichen Verzögerungen schriftlich zu unterrichten. Versäumt der AN diesen Hinweis, kann sich der AG darauf verlassen, dass eine zeitliche Verzögerung nicht eintritt. Etwas anderes gilt nur, wenn den AN am Unterlassen des Hinweises kein Verschulden trifft oder der Hinweis entbehrlich ist, weil die Verzögerung dem AG bekannt oder für diesen offensichtlich ist. Besteht zwischen den Vertragspartnern Einvernehmen über die terminlichen Auswirkungen einer Verzögerung, verschieben sich die Vertragsfristen entsprechend. Entsteht zwischen den Vertragspartnern nach einem solchen schriftlichen Hinweis Streit über die Auswirkungen der angezeigten hindernden Umstände auf die Vertragstermine/-fristen, kann der AG unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen und der Belange des AN die Vertragstermine/-fristen nach § 315 BGB bestimmen. Der Detailterminplan ist hiernach von dem AN fortzuschreiben,

an die neuen Vertragstermine/-fristen anzupassen und dem AG unverzüglich zu übergeben.

## **§ 8**

### **Kosten des Bauvorhabens**

- 8.1 Zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung steht dem AG für das Bauvorhaben das sich aus dem Prüfvermerk Bedarfsprogramm (Anlage ... des Anhangs 1) ergebende Budget zur Verfügung. Das vorgenannte Budget stellt den Kostenrahmen für die zu erbringenden Leistungen der jeweiligen Leistungsstufe 1 und die nach erfolgtem Leistungsabruf zu erbringenden Leistungen der Leistungsstufe 2 im Sinne des § 3 Abs. 3.2 dieses Vertrages dar. Sobald für den AN erkennbar wird, dass der Kostenrahmen ganz oder teilweise auch bei strikter Beachtung des Gebots der Wirtschaftlichkeit der Planung nicht auskömmlich, hat er den AG spätestens bei der Übergabe der Kostenschätzung darüber unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich zu unterrichten und Vorschläge zu unterbreiten, wie der Kostenrahmen eingehalten werden kann. Dabei hat der AN darzulegen, wie sich die Verwirklichung der Vorschläge auf Qualitäten und Quantitäten sowie auf Termine und Fristen auswirken würde.
- 8.2 Nach Vorlage der Kostenschätzung wird der AG auf deren Grundlage nach billigem Ermessen durch die Genehmigung der Vorplanungsunterlagen (VPU) die für die Leistungen der Leistungsstufe 2 im Sinne des § 3 Abs. 2 dieses Vertrages geltende Kostenobergrenze für die Kostengruppen 200-700 der DIN 276:2018-12 als für die Vertragspartner verbindlich festlegen. Der AN hat seine Leistungen so zu erbringen und die erforderlichen Änderungen und Umlanungen ohne gesonderte Vergütung zu veranlassen, dass die Genehmigung der Bauplanungsunterlagen (BPU) unter Einhaltung der festgelegten Kostenobergrenze erfolgen kann. Dabei sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht nur in Bezug auf die Baukosten, sondern auch im Hinblick auf den Betrieb des Bauvorhabens zu beachten. Baukosten dürfen nicht mit der Folge eingespart werden, dass die Einsparungen durch absehbare höhere Nutzungskosten (insbesondere Betriebs- und Instandsetzungskosten) aufgezehrt werden.
- 8.3 Der AN hat während der Leistungserbringung stets zu kontrollieren, dass die Kostenobergrenze eingehalten wird. Dies hat durch den Ausweis einer Kostenprognose auf den Zeitpunkt der voraussichtlichen Fertigstellung in dem jeweiligen Statusbericht gemäß § 6 Abs. 6.6 dieses Vertrages zu geschehen, in dem Kostenrisiken dezidiert auszuweisen sind. Außerdem hat der AN die von ihm erstellte Kostenschätzung (einschließlich der Kostenprognose und der Darstellung der Kostenrisiken) in der Leistungsstufe 2 planungsbegleitend fortzuschreiben und so dem jeweils aktuellen Pla-

nungsstand anzupassen. Die in diesem Sinne fortgeschriebene und angepasste Kostenermittlung hat der AN dem AG mit der Übergabe des Statusberichts gemäß § 6 Abs. 6.6 dieses Vertrages oder auf Verlangen des AG zur Verfügung zu stellen.

- 8.4 Wird für den AN erkennbar, dass durch einen von einer genehmigten Vorplanungsunterlage abweichenden Wunsch des AG oder durch veränderte äußere Umstände sowie durch Tatsachen, die kein Vertragspartner zu vertreten hat, die Kostenobergrenze i. S. d. Abs. 8.2 auch bei strikter Beachtung des Gebots der Wirtschaftlichkeit der Planung überschritten wird, hat er den AG darüber unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich zu unterrichten und Vorschläge zu unterbreiten, wie die Kostenobergrenze eingehalten werden kann. Dabei hat der AN darzulegen, wie sich die Verwirklichung der Vorschläge auf Qualitäten und Quantitäten sowie auf Termine und Fristen auswirken würde. Die Vertragspartner werden eine die geänderten Bedingungen berücksichtigende neue Kostenobergrenze schriftlich festlegen, wenn die Kostenobergrenze i. S. d. Abs. 8.2 trotz der rechtzeitigen Unterrichtung des AG durch den AN und trotz möglicher Kosteneinsparungen und Kompensationsmaßnahmen nicht eingehalten werden kann. Einigen sich die Vertragspartner nicht auf eine neue Kostenobergrenze, bestimmt sich diese auf Grundlage der ursprünglich vereinbarten Kostenobergrenze und nach den Mehr- und/oder Minderkosten auf Grundlage ortsüblicher Kosten gemäß § 4 Abs. 1 HOAI, die durch die vorgenannten Umstände bzw. Tatsachen entstehen.

## **§ 9**

### **Verwertungs- und Nutzungsrechte**

- 9.1 Der AN überträgt dem AG die ausschließlichen, unwiderruflichen und unbeschränkten Rechte, die auf der Grundlage des Vertrags erstellen Unterlagen und Ergebnisse (verkörpert oder in elektronischer Form) ganz oder teilweise ohne Mitwirkung des AN zu nutzen, zu ändern und zu verwerten und tritt die vorgenannten Rechte an den AG ab. Der AG nimmt die Abtretung an. Die dem AG eingeräumten Rechte können vom AG auf Dritte übertragen werden und beinhalten auch die Befugnis zur Änderung, Nutzung oder Verwertung des nach den Plänen des AN errichteten Bauvorhabens sowie die Unterlagen und die Ergebnisse ganz oder in Teilen öffentlich zugänglich zu machen und in jeder Form zu bearbeiten. Die Rechteeinräumung umfasst hiernach insbesondere das Vervielfältigungsrecht (§ 16 UrhG) einschließlich des Rechts zur Errichtung und zum Nachbau des Bauwerks nach den Planungen, das Verbreitungsrecht (§ 17 UrhG), das Ausstellungsrecht (§ 18 UrhG), das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung (§ 19a UrhG) sowie das Senderecht (§ 20 UrhG). Der AN räumt dem AG an den Planungen und Unterlagen auch das urheberrechtliche Bearbeitungsrecht (§ 23 UrhG) ein. Die Rechteeinräumung erfolgt auch für heute noch nicht bekannte Nutzungsarten.



- 9.2 Zur Übertragung von Leistungen an freie Mitarbeiter oder Drittunternehmer ist der AN – auch bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 5 Abs. 5.5, 5.6 dieses Vertrages – nur berechtigt, soweit der AN dem AG die Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an diesen Leistungen in demselben – in Abs. 9.1. festgelegten – Umfang verschafft.
- 9.3 Mit der vom AG zu zahlenden Vergütung für die vom AN erbrachten Leistungen sind sämtliche Ansprüche des AN im Zusammenhang mit der Übertragung der Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an den auf der Grundlage dieses Vertrages erstellen Unterlagen und erbrachten Leistungen abgegolten.
- 9.4 Im Übrigen gelten die Regelungen gemäß § 5 AVB Hochbau (Anlage ... des Anhangs 1) ergänzend.
- 9.5 Die vorstehenden Regelungen gelten unabhängig davon, in welchem Umfang der AN Leistungen i.S.d. Vertrages für den AG erbracht hat und ob und aus welchem Grund dieser Vertrag ganz oder teilweise beendet wird.

## **§ 10**

### **Herausgabe von Unterlagen und Dateien**

- 10.1 Der AN ist vorleistungspflichtig und hat die von ihm erstellten oder vom AG oder von Dritten im Zusammenhang mit den Aufgaben dieses Vertrages übergebenen Unterlagen und Dateien/Datenbanken dem AG auf Verlangen jederzeit oder – nach Beendigung der Leistungen – unaufgefordert auch in editierbarer Form herauszugeben. Dem AN steht ein Zurückbehaltungsrecht an diesen Unterlagen und Dateien/ Datenbanken nicht zu, es sei denn wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Ansprüche. Das gilt auch für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Vertrages.
- 10.2 Änderungen und Ergänzungen der vom AG oder Dritten übergebenen Pläne, Datenträger, Berechnungen und sonstigen Unterlagen durch den AN sind nicht zulässig. Der AN darf die ihm vom AG oder Dritten im Zusammenhang mit dem in § 1 genannten Bauvorhaben übergebenen Unterlagen nicht für andere Vorhaben oder Projekte verwenden.

## **§ 11**

### **Abnahme**

- 11.1 Sämtliche vom AN erbrachten Leistungen werden insgesamt und förmlich nach Fertigstellung der letzten nach diesem Vertrag abgerufenen Leistung und nach Übergabe

einer Abschlussdokumentation im Rahmen einer Abschlussbesprechung abgenommen, sofern die Leistungen vollständig und im Wesentlichen mangelfrei sind, der AN eine vollständige Abschlussdokumentation über die ausgeführten Leistungen übergeben hat und seiner Herausgabeverpflichtung gemäß § 10 dieses Vertrages nachgekommen ist.

- 11.2 Einzelne Leistungsstufen werden nur dann abgenommen, wenn feststeht, dass keine weiteren Leistungen nach § 4 Abs. 4.2 dieses Vertrages abgerufen werden. Der AN kann eine Teilabnahme nur unter den Voraussetzungen des § 650s BGB verlangen.

## **§ 12 Vergütung**

- 12.1 Der AN erhält für die gemäß § 4 dieses Vertrages abgerufenen Grundleistungen des Leistungsbilds gemäß § 3 Abs. 3.2 dieses Vertrages und für die diesen gemäß § 3 Abs. 3.3 dieses Vertrages zugeordneten Leistungen die dem Honorarangebot (Anhang 2) zu entnehmenden leistungsstufenbezogenen Pauschalhonorare.
- 12.2 Die Pauschalhonorare für die Besonderen Leistungen bestimmen sich im Falle des Abrufs sämtlicher einer Leistungsstufe zugeordneten Besonderen Leistungen oder sonstigen Fachplanungsleistungen ebenfalls leistungsstufenbezogen nach dem Honorarangebot des AN (Anhang 2).
- 12.3 Die Vergütung der abgerufenen Leistungen i. S. d. § 3 Abs. 3.4 dieses Vertrages bestimmt sich für die Grundleistungen nach den auf die jeweilige weitere Fachplanung bezogenen Honorargrundlagen der Anlage 1 HOAI unter Berücksichtigung der im Honorarangebot des AN (Anhang 2) festgelegten Honorarparameter. Besondere Leistungen der weiteren Fachplanung sowie die Leistung der Erstellung eines Gestaltungs- und Entwicklungsleitfadens i. S. d. § 3 Abs. 3.4 dieses Vertrages werden gemäß Abs. 12.5 nach Zeitaufwand oder pauschal auf der Basis des voraussichtlichen Zeitaufwands vergütet.
- 12.4 Werden nur Teilleistungen einer Leistungsstufe des § 3 Abs. 3.2 dieses Vertrages oder lediglich einzelne Besondere Leistungen oder sonstige Fachplanungsleistungen beauftragt, so darf für diese Leistungen nur ein Honorar berechnet werden, das dem Anteil der übertragenen Leistungen an dem Pauschalhonorar für die betroffene Leistungsstufe i. S. d. § 3 Abs. 3.2. bzw. 3.4 dieses Vertrages entspricht. Die Bewertung der einzelnen Grundleistungen sowie der einzelnen Besonderen Leistungen oder sonstigen Fachplanungsleistungen erfolgt entsprechend den in den Anlagen ... bis ... des Anhangs 1 dieses Vertrages festgelegten Honoraranteilen. Die in den

Anlagen ... bis ... des Anhangs 1 ausgewiesenen Honoraranteile sind auch dann für die Honorarermittlung heranzuziehen, wenn der AN Anspruch auf Vergütung wiederholter Leistungen (auch Grundleistungen) hat oder Leistungen (auch Grundleistungen) des AN im Falle der vorzeitigen Vertragsbeendigung unvollständig erbracht sein sollten.

- 12.5 Sofern eine Leistung nach Zeitaufwand abzurechnen ist, gelten die Stundensätze des Honorarangebots (Anhang 2). Dem AG ist die Ausführung von Leistungen auf Stundenbasis vor dem jeweiligen Leistungsbeginn unter Bezeichnung der Leistung und unter Angabe des voraussichtlichen Zeitaufwands schriftlich anzuzeigen und ein Angebot für eine pauschale Honorierung zu unterbreiten. Mit der Ausführung der Leistung darf der AN erst beginnen, wenn der AG auf der Grundlage einer solchen schriftlichen Anzeige seine Zustimmung erteilt hat oder der AG das Angebot über die pauschale Honorierung der zu erbringenden Leistungen angenommen hat.
- 12.6 Die Netto-Pauschalhonorare und die Netto-Stundensätze i. S. d. vorstehenden Regelungen sind bis zum 31.12.2024 fest vereinbart. Jeder Vertragspartner kann nach dem vorgenannten Datum jährlich eine Anpassung der Netto-Pauschalhonorare und Netto-Stundensätze für die auf der Grundlage des Zahlungsplans i. S. d. § 14 Abs. 14.1 dieses Vertrages noch abzurechnenden Leistungen in der Höhe verlangen, in der sich der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen (WZ08-M Freiberufliche, wiss. u. techn. Dienstleistungen) während des vorangegangenen Kalenderjahrs verändert hat. Ein Anpassungsverlangen muss mindestens in Textform erfolgen. Jede Anpassung der Netto-Pauschalhonorare und Netto-Stundensätze tritt zum 01.01. des Kalenderjahres in Kraft, in dem das Anpassungsverlangen dem anderen Vertragspartner zugegangen ist. Eine über den 01.01. des Kalenderjahres, in dem das Anpassungsverlangen dem anderen Vertragspartner zugegangen ist, hinausgehende Rückwirkung der Anpassung der Netto-Pauschalhonorare und Netto-Stundensätze ist ausgeschlossen.
- 12.7 Der AN kann zusätzlich zu den vereinbarten Nettohonoraren die jeweils geltende Umsatzsteuer in Rechnung stellen.
- 12.8 Mit der von dem AG nach den vorstehenden Regelungen zu zahlenden Vergütung für die nach Maßgabe dieses Vertrages abgerufenen und erbrachten Leistungen sind auch die sonstigen vertraglichen Verpflichtungen einschließlich der Übertragung von Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrechten sowie die mit der Leistungserbringung im Zusammenhang stehenden Kosten und Aufwendungen (z. B. Material-, Telekommunikations-, Reise-, Versicherungskosten) des AN abgegolten. Eine gesonderte Erstattung von Nebenkosten i. S. d. § 14 HOAI ist folglich ausgeschlossen. § 13 dieses Vertrages bleibt unberührt.

- 12.9 Die im Wettbewerb bereits erbrachten Leistungen des AN werden bis zur Höhe des auf diese Leistungen im Wettbewerb gezahlten Bearbeitungshonorars und des insoweit zuerkannten Preises nicht erneut vergütet, da der Wettbewerbsentwurf in seinen wesentlichen Teilen der weiteren Bearbeitung im Rahmen der nach § 4 Abs. 4.1 dieses Vertrages übertragenen Leistungen zugrunde gelegt wird.

## **§ 13**

### **Geänderte und zusätzliche Leistungen**

- 13.1 Der AN hat auf Verlangen des AG Änderungen der vertraglich vereinbarten bzw. abgerufenen Leistungen oder zusätzliche Leistungen mit auszuführen, es sei denn, diese stehen nicht im Zusammenhang mit den bisher beauftragten Leistungen oder der AN weist nach, dass ihm die Erbringung dieser Leistungen unmöglich oder unzumutbar ist. Es gilt § 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b BGB.
- 13.2 Eine schriftliche Vereinbarung über die Höhe des geschuldeten Zusatzhonorars ist nach Möglichkeit vor Beginn der Ausführung abzuschließen. Zu diesem Zweck hat der AN unverzüglich nach erfolgter Anordnung einer Änderungs-/Zusatzleistung den Umfang der Abweichung von bisher beauftragten Leistungen, den voraussichtlich mit der Änderungs-/Zusatzleistung verbundenen Arbeits-/Zeitaufwand und das von ihm hierfür verlangte Zusatzhonorar schriftlich und prüfbar auf der Basis der seinem Honorarangebot (Anhang 2) zugrunde liegenden Kalkulation oder bei einer geänderten Leistung auf der Grundlage der den Anlagen ... bis ... des Anhangs 1 zu entnehmenden Bewertungen von Teilleistungen so darzulegen, dass der AG Gelegenheit hat, in Kenntnis der für die geänderte oder zusätzliche Leistung anzusetzenden Zusatzvergütung von seiner Anordnung Abstand zu nehmen.
- 13.3 Werden durch die Änderung eines Planungsziels oder durch unvorhersehbare Änderungen behördlicher Auflagen Wiederholungs- und Mehrfachleistungen nach bereits abgeschlossener Planung oder in sich abgeschlossener Teile der Planung im Bereich der jeweils beauftragten Leistungsstufe erforderlich, wird das Zusatzhonorar als Wiederholungshonorar gemäß der Bewertung von Teilleistungen in den Anlagen ... bis ... des Anhangs 1 berechnet. Dabei sollen die Vertragspartner möglichst gemeinsam den prozentualen Leistungsumfang im Verhältnis zur vertraglichen Leistung als Pauschale vereinbaren.
- 13.4 Soweit sich die Vertragspartner für Leistungen i. S. d. Abs. 13.1 bis 13.3 auf eine Honorierung auf Zeithonorarbasis einigen oder der AN aus sonstigen Gründen Anspruch auf Vergütung auf Zeithonorarbasis hat, gilt § 12 Abs. 12.5 dieses Vertrages.

- 13.5 Leistungsänderungen, die auf Optimierungen, Umplanungen zum Zweck der Einhaltung der Kostenobergrenze oder auf mangelhaften Leistungen des AN beruhen, werden nicht vergütet.

## **§ 14**

### **Zahlung, Abrechnung, Sicherheitsleistung**

- 14.1 Der AN kann nach Leistungsfortschritt Abschlagszahlungen gemäß dem zwischen den Vertragspartner innerhalb von drei Wochen nach Zuschlagserteilung abzustimmenden Zahlungsplan für die Leistungsstufe 1 verlangen. Im Falle des Leistungsabrufs nach § 4 Abs. 4.2 dieses Vertrages ist für die abgerufenen Leistungen ebenfalls ein Zahlungsplan zwischen den Vertragspartnern abzustimmen. Der jeweils vereinbarte Zahlungsplan wird Vertragsbestandteil. Solange die Vertragspartner keinen Zahlungsplan vereinbart haben, ist der AN berechtigt, auf seine Honorarforderung Abschlagszahlungen in zeitlichen Abständen von einem Monat in einer den beauftragten und nachweislich erbrachten Leistungen entsprechenden Höhe zu verlangen.
- 14.2 Vor der Erstellung einer Abschlagsrechnung hat der AN dem AG den Leistungsstand und Leistungsfortschritt in dem Statusbericht gemäß § 6 Abs. 6.6 dieses Vertrages plausibel darzustellen und nachzuweisen. Soweit die betreffende Leistung des AN mangelfrei erbracht und der AN eine prüffähige Abschlagsrechnung vorgelegt hat, wird diese 24 Kalendertage nach erfolgtem Nachweis des Leistungsstandes und Zugang der Abschlagsrechnung zur Zahlung fällig.
- 14.3 Der AN ist berechtigt, eine Honorarschlussrechnung zu stellen, nachdem die nach diesem Vertrag durch Leistungsabruf beauftragten Leistungen vertragsgemäß erbracht und gemäß § 11 dieses Vertrages förmlich abgenommen sind. Im Falle einer Teilabnahme nach § 650s BGB kann der AN auch eine Teilschlussrechnung stellen. Das Honorar wird innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang der prüffähigen (Teil-)Schlussrechnung beim AG fällig.
- 14.4 Jede Rechnung des AN muss – prüffähig aufgeschlüsselt – eine Aufstellung der erbrachten Leistungen, eine Honorarermittlung, eine Aufstellung der bereits angewiesenen Abschlagszahlungen sowie ggf. detaillierte Stundenzettel enthalten und den Vorschriften des Umsatzsteuerrechts und – sofern ein Vertragspartner dies schriftlich verlangt – den Anforderungen der E-Rechnungsverordnung Berlin entsprechen.
- 14.5 Ergänzend gelten die Regelungen des § 11 AVB Hochbau (Anlage ... des Anhangs 1).

## **§ 15**

### **Rechte bei Mängeln und Pflichtverletzungen**

- 15.1 Der AN garantiert, dass alle von ihm erstellten Planungs- und sonstigen Leistungen frei von Rechten Dritter sind und er damit uneingeschränkt befugt ist, die in § ~~940~~ dieses Vertrages und in § 5 AVB Hochbau (Anlage ... des Anhangs 1) geregelten Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte auf den AG zu übertragen. Wenn und soweit von Dritten aus den vom AN erstellten Planungs- und sonstigen Leistungen Rechte gegenüber dem AG geltend gemacht werden, stellt der AN den AG gegenüber den Dritten frei.
- 15.2 Erbringt der AN eine Grundleistung einer beauftragten Leistungsstufe oder beauftragte einzelne Besondere Leistungen oder sonstige Fachplanungsleistungen nicht, nachdem der AG eine angemessene Frist zur Leistung bestimmt hat, kann der AG u. a. die Vergütung entsprechend dem Honoraranteil mindern, der in den Anlagen ... bis ... des Anhangs 1 dieses Vertrages für die betreffende Leistung festgelegt ist. Die Minderung setzt bezogen auf einzelne Grundleistungen voraus, dass der AG zum Zeitpunkt des erfolglosen Fristablaufs ein entsprechendes Leistungsinteresse hatte.
- 15.3 Im Übrigen gilt § 13 AVB Hochbau (Anlage ... des Anhangs 1).

## **§ 16**

### **Haftpflichtversicherung**

- 16.1 Die Deckungssummen der vom AN zu unterhaltenden Haftpflichtversicherung müssen je Schadensfall mindestens betragen:
- |   |             |
|---|-------------|
| a) für Personenschäden                        | 1.000.000 € |
| b) für Sach-, Vermögens- und sonstige Schäden | 1.000.000 € |
- 16.2 Im Übrigen gelten die Regelungen gemäß § 14 AVB Hochbau (Anlage ... des Anhangs).

## **§ 17**

### **Kündigung**

- 17.1 Der AG ist berechtigt, diesen Vertrag jederzeit gemäß § 648 Satz 1 BGB i.V.m. § 650q Absatz 1 BGB zu kündigen.

- 17.2 Eine Kündigung dieses Vertrages durch den AG aus wichtigem Grund kommt insbesondere in Betracht, wenn
- 17.2.1 einer der in § 12 Abs. 12.2 AVB Hochbau (Anlage ... des Anhangs 1) näher beschriebenen wichtigen Gründe vorliegt;
- 17.2.2 der AN oder eine für ihn tätige Person aus Anlass der Vergabe eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt;
- 17.2.3 der AN ohne Zustimmung des AG den Projektleiter oder den stellvertretenden Projektleiter austauscht und eine vom AG zur Abhilfe bestimmte Frist erfolglos abgelaufen bzw. eine Abmahnung erfolglos geblieben ist;
- 17.2.4 der AN sein Projektteam nicht im Sinne von § 5 Abs. 5.1 S. 4 dieses Vertrages besetzt, vorhält und in dem Bauvorhaben einsetzt und eine vom AG zur Abhilfe bestimmte Frist erfolglos abgelaufen bzw. eine Abmahnung erfolglos geblieben ist.
- 17.3 Im Übrigen gelten die Regelungen des § 12 AVB Hochbau (Anlage ... des Anhangs 1).
- 17.4 Im Fall der vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund – hat der AN die bisherigen Ergebnisse seiner Arbeiten abzuschließen und die bisherigen Ergebnisse auf eine Weise zu ordnen, die eine Übernahme und Fortführung der Vertragsleistung durch einen Dritten ohne unangemessene Schwierigkeiten möglich macht. Spätestens fünf Werktagen nach Beendigung des Vertrages werden AG und AN gemeinsam den vom AN erreichten Leistungsstand feststellen und dokumentieren. Der AN ist verpflichtet, die zur Fortsetzung der Arbeiten erforderlichen Unterlagen unverzüglich an den AG herauszugeben.

## **§ 18**

### **Arbeitsgemeinschaft**

- 18.1 Veränderungen in der Zusammensetzung einer Arbeitsgemeinschaft sind nur aus wichtigem Grund möglich. Eine derartige Veränderung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Einwilligung des AG. Die Einwilligung ist zu erteilen, wenn der AN dem AG durch Vorlage der entsprechenden Nachweise belegt, dass das neue/weitere Mitglied der Arbeitsgemeinschaft die im Vergabeverfahren maßgeblichen Eignungsanforderungen erfüllt.

## § 19 Sonstige Vereinbarungen

- 19.1 Der AN verpflichtet sich, auf Verlangen des AG rechtzeitig vor Aufnahme der Tätigkeiten eine Verpflichtungserklärung gemäß Verpflichtungsgesetz vom 02. März 1974 (BGBL.I S. 469 ff./ 547 in der zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung geltenden Fassung) über die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten nach dem Verpflichtungsgesetz vor der vom AG dafür anzugebenden zuständigen Behörde/ Stelle entsprechend Anhang ... abzugeben. Er hat dafür zu sorgen, dass gegebenenfalls auch seine, mit den Leistungen fachlich betrauten Beschäftigten und Nachunternehmer gegenüber dem AG ebenfalls rechtzeitig eine solche Verpflichtungserklärung vor der zuständigen Behörde/Stelle abgeben.
- 19.2 Sollten Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder ihre Wirksamkeit oder ihre Durchführbarkeit später verlieren, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Das gilt auch, sobald sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem nächsten kommt, was die Vertragspartner gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie es bei Zustandekommen des Vertrages oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung bedacht hätten.

Berlin, den.....

Der Auftraggeber:

.....,.....

Berlin, den.....

Der Auftragnehmer:

.....,.....